Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 33.

Verantwortlicher Redacteur
Fr. Hüttner in Reudnitz.
Sprechstunde d. Redaction
Vormittags von 11—12 Uhr
Nachmittags von 4—5 Uhr.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstr. 22
Louis Lösche, Katharinenstr. 18, p
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 14,000.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 30 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 36 Mk.
mit Postbeförderung 45 Mk.
Inserate 4gesp. Bourgeoisz. 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. — Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.
Reclamen unter dem Redactionsstrich die Spaltzeile 40 Pf.
Inserate sind stets an d. Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postvorschuß.

№ 45. Montag den 14. Februar. 1876.

Beschlüsse des Raths in der Plenarsitzung vom 15. December 1875*).

Die Stadtverordneten haben:

1) dem Rathsbeschlusse, versuchsweise die zweite Schuldienerstelle an der Thomasschule aufzuheben, und die bisherigen Arbeiten des zweiten Schuldieners dem ersten als Amtspflicht mit aufzulegen, zugestimmt, aber die ihm nach der Rathsvorlage zu gewährende Entschädigung für Beschaffung der erforderlichen Hülfskräfte von 567 ℳ nur nach Höhe von 450 ℳ verwilligt,

2) die vom Rathe beschlossene zeitweilige, unentgeltliche Ueberlassung des Saales der I Bürgerschule — einschließlich Heizung und Beleuchtung — an das Museum für Völkerkunde zu Vorträgen über Ethnographie, auch

3) die Verwendung von 2210 ℳ 50 ₰ zur Auswechselung eines 140 Millimeter weiten Wasserleitungsrohres in der Zeitzer Straße von der Kreuzung der Sophienstraße bis zur Kreuzung der Körnerstraße gegen einen 218 Millimeter weiten Rohrstrang, sowie

4) die Trottoirpflasterung vor dem neuen Theater mit einer Modification, durch welche ca. 1500 ℳ mehr, als vom Rathe gefordert waren, gebraucht werden, unter gleichzeitiger Verwilligung dieser Mehrkosten genehmigt, dagegen

5) die Unterbringung des Standesamtes in dem vormaligen Rosenstock'schen Hause am Naschmarkt abgelehnt, vielmehr auf die Möglichkeit einer provisorischen Benutzung der sogen. Richterstube im Rathhause zum Standesamte hingewiesen und zur Mobiliaranschaffung für ein derartiges Interimisticum ein Dispositionsquantum von 4500 ℳ verwilligt, und

6) für den Neubau der Gewerbeschule einen in dem zeitherigen Botanischen Garten an der Fortsetzung der Kleinen Burggasse zwischen dieser und der Fortsetzung der Pleißengasse gelegenen Platz in Vorschlag gebracht.

Hierauf beschließt man zu

1) Beruhigung zu fassen, zu

2) dem Museum für Völkerkunde Eröffnung zu machen,

zu 3 Ausführung.

Zu 4) sollen vom Bauamte speciellere Anschläge über die von den Stadtverordneten beantragten Aenderungen erfordert, zu

5) die Richterstube mit den beiden anliegenden Piecen unter Berücksichtigung möglichster Ersparnisse an der verwilligten Dispositionssumme provisorisch zum Standesamte eingerichtet werden. Wegen definitiver Unterbringung wird der Herr Deputirte zum Standesamte weitere Vorschläge zu machen beauftragt. Der Antrag

zu 6) wird an die Schuldeputation verwiesen.

Ferner haben die Stadtverordneten über den Haushaltplan für 1876 und zwar über das Budget der gesammten Volksschulen, sowie über die Specialbudgets der Thomasschule, der Nicolaischule und der Realschule erster Ordnung berathen und hierbei

1) zu dem Volksschulbudget beantragt, der Rath wolle in allen den Fällen besondere Bibliotheksare zur Verwaltung der Schulbibliotheken anstellen, in denen die Directoren sich der Verwaltung nicht unterziehen können oder wollen,

2) zum Budget der Thomasschule den Antrag gestellt, der Rath wolle Einrichtung treffen, daß die Alumnen der Thomasschule in Zukunft unter keiner Bedingung vom regelmäßigen Schulunterricht abgehalten werden,

3) beim Budget der Nicolaischule
   Pos. 32. Beleuchtung von 500 ℳ auf 400 ℳ
   " 40. Reinigen der Schulräume von 726 auf 660 ℳ,
   " 41. Herausnehmen ꝛc. der Borsenster von 95 ℳ 45 ₰ auf 60 ℳ und

4) beim Budget der Realschule I. Ordnung
   Pos. 43. Hauß- und Schulgeräthe von 600 ℳ auf 200 ℳ,
   " 48. Buchdrucker- und Buchbinderarbeiten von 1200 auf 900 ℳ herabgesetzt, dabei auch beantragt, daß die fraglichen Arbeiten künftig specificirt werden und
   Pos. 59. für Handwerkarbeiten statt 1000 ℳ nur 300 ℳ verwilligt.

Ueber alle diese Anträge und Abstriche beschließt man das Gutachten der betreffenden Deputirten zu erfordern, wogegen einigen weiteren von den Stadtverordneten vorgenommenen Abminderungen in den erwähnten Budgets beigetreten wird.

Zum Pfarrer an der Stiftungskirche zu St Georg wird Herr Katechet Trantschel gewählt, der vom Peterskirchenvorstande zum Pfarrer gewählte Herr Prof. D. Fricke ist dem Landesconsistorium zu präsentiren, zum Diakonus an der Peterskirche beschließt man dem Kirchenvorstande Herrn Dr. phil. Kröner, bisherigen Vicar an der Georgenkirche, mit dem Anheimgeben, Benennung noch zwei anderer Candidaten zu verlangen, vorzuschlagen, das Archidiakonat an der Peterskirche und das Pfarramt an der Neukirche zur Bewerbung auszuschreiben, wegen des letzteren Amtes aber zuvor noch den Neukirchenvorstand um Angabe der Gehaltsverhältnisse zu ersuchen. Der Kirchenvorstand zu St Petri hat den Gehaltsetat des Pfarramts, des Archidiakonats und des Diakonats der Peterskirche aufgestellt und hierbei beschlossen, daß die Geistlichen daneben auf alle Stolgebühren oder die vom Staate für deren Wegfall etwa zu zahlende Rente zu verzichten haben.

Die festgesetzten Gehaltsbezüge werden genehmigt und dem Beschlusse wegen der Stolgebühren wird unter der Voraussetzung zugestimmt, daß dadurch der vom Staate zu gewährenden Entschädigung nicht vorgegriffen wird, diese vielmehr ausdrücklich der Kirchencasse vorbehalten bleibt.

Zur Deckung des städtischen Steuerbedarfs für 1876 beschließt man 8 sogenannte Simpla, das Simplum zu 1,1 Pf. von der Einheit der Grundsteuer und zu 60 Pf. von je 3 Mark der ordentlichen Gewerbe- und Personalsteuer gerechnet und zwar zunächst die beiden ersten Grundsteuertermine und den ersten Gewerbe- und Personalsteuertermin nach Höhe von 4 Simpla zu erheben, auch hierzu die Zustimmung der Stadtverordneten einzuholen.

Zum Zwecke der Einführung der Centralheizung in die höhere Töchterschule auf dem Schleiterplatze werden zunächst die ausführenden Architekten beauftragt, Anschläge über Lieferung der Heizungsapparate nach verschiedenen Systemen zu vermitteln.

Vor Einleitung des Expropriationsverfahrens behufs Durchführung der Canalstraße bis zum Elstermühlgraben und Aufgang einer Brücke über letzteren zur Verbindung der Canalstraße mit dem Ranstädter Steinweg war zunächst über die Höhe der Entschädigung für Abtretung des erforderlichen Areals von 108,8 Qu.-Meter mit dem Besitzer des davon betroffenen Areals nebst der darauf befindlichen Baulichkeit verhandelt worden. Derselbe hatte sich bereit erklärt, dieses Areal für 18 ℳ per Qu.-Elle an die Stadt abzutreten, wenn ihm das Material eines auf dem Areale stehenden Häuschens und des jetzt vorhandenen Mühlgrabersteigs bez der Erlös dieses Materials verbleibe, wenn ferner hinsichtlich der Bestimmung der Fluchtlinie der Ufermauer auf einen früher angefertigten Plan zurückgegangen, das dadurch zwischen der dermaligen und der künftigen, von ihm wegfallo zu erbauenden Ufermauer gewonnene Areal, welches er auf seine Kosten ausfüllen wolle, ihm unentgeltlich überlassen werde und er keinerlei Beitrag zur regulativmäßigen Herstellung der Canalstraße auf dem abgetretenen Areal und zum Brückenbau über den Elstermühlgraben in der Fortsetzung der Canalstraße nach dem Ranstädter Steinweg zu leisten habe. Es wird beschlossen: Zustimmung des Besitzers zu erfordern, daß für die Feststellung der Uferlinie nicht der erwähnte frühere, sondern der jetzt vorliegende, neueste, von dem früheren nur sehr wenig abweichende Plan maßgebend sein solle, wegen des gewonnenen, von ihm auszufüllenden Areals ihm zu erklären, daß die Stadtgemeinde ihm für dieses Areal Gewähr nicht leisten könne, daß sie aber seinerseits keinen Anspruch an jenes Areal erhebe, im Uebrigen die gestellten Bedingungen zu acceptiren und nach eventuellem Abschluß der Vereinbarung die Zustimmung der Stadtverordneten einzuholen.

Durch Feststellung der erwähnten neuen Uferlinie, welche das dreieckige Grundstück des Herrn Zimmermeisters Lüders begrenzt, war auch ein Abkommen mit Letzterem nöthig geworden und man beschließt, vorbehältlich der Zustimmung der Stadtverordneten auf Grund der Verhandlungen mit Herrn Lüders doch eine Vereinbarung zu treffen, daß derselbe in der neuen Linie auf seine Kosten eine massive Ufermauer baut und das dadurch gewonnene Areal auf seine Kosten auffüllt, wogegen der Rath an dieses Areal keinen Anspruch erhebt, auch Herrn Lüders gestattet, den Bau eines Pavillons an der Ecke seines Grundstücks über die neue Baufluchtlinie nach dem Mühlgraben vorspringend auszuführen.

*) Eingegangen bei der Redaction des Tageblattes am 24. Januar.

Vom 18. December 1875.*)

Dem Collegium wird zunächst davon Mittheilung gemacht, daß die Frage wegen Erwerbung des Theater-Inventars, wenigstens vorläufig, ihre Erledigung gefunden habe, indem Herr Dr. Förster, nach einer hierher gerichteten Mittheilung, das Inventar des Herrn Director Wiesiag in Prag angekauft habe.

Dem städtischen Museum hat Herr Professor Melchior zur Straßen einen Gypsabguß seiner Gruppe „Caritas" und

Herr Musiker Rauch in Frankfurt a. M. durch Vermittelung der Verlagsbuchhandlung von F. A. Brockhaus hier eine Sammlung theils in Oel, theils in Aquarell ausgeführter landschaftlicher Skizzen seines verstorbenen Vaters, des Malers L. M. Rauch, zum Geschenk angeboten. Es wird beschlossen, beide Schenkungen anzunehmen, den Herren Schenkgebern schriftlich zu danken und den Stadtverordneten hierüber Mittheilung zugehen zu lassen.

Die vom Rathe beschlossene Lohnerhöhung für den bei der städtischen Waage angestellten Gewichtssetzer Jacob hat die Zustimmung der Stadtverordneten nicht erhalten; auf Vorschlag des Herrn Deputirten soll es bei der Ablehnung sein Bewenden haben.

Die Stadtverordneten haben

1) die Mittheilung der über die Fortsetzung des Weges von der Mariendrücke über die Wiesen nach Möckern ergangenen Rathsacten beantragt;

2) Zustimmung zu der vom Rathe für die ständigen Lehrer an den hiesigen Volksschulen, unter Berücksichtigung der für Wohnungsentschädigung ausgeworfenen Beträge, aufgestellten Gehaltsscala ertheilt.

Dem Antrag unter 1 soll durch Uebersendung der betreffenden Acten entsprochen werden, zu 2 wird beschlossen, daß künftig dementsprechende Vocationen ausgefertigt werden sollen.

Hiernächst erstattet die Deputation für Straßenbau Vortrag über die Verbreiterung des Petersteinwegs vor dem Grundstück zur „grünen Linde." Diese im Interesse des öffentlichen Verkehrs und der Sicherheit der zahlreichen Passanten zu einem wirklichen Ortsbedürfniß gewordene Verbreiterung, läßt sich nur durch den Abbruch des genannten Grundstücks ermöglichen. Die Deputation ist nun mit dem Besitzer desselben in Verhandlungen getreten, auf Grund deren sie die käufliche Erwerbung der „grünen Linde" für den Preis von 70,000 Thaler und deshalb Communication mit den Stadtverordneten beantragt. Man tritt im Princip diesen Anträgen mit dem Vorbehalte bei, daß, wenn die ernest anzustellenden Erörterungen über die Erträgnisse des Grundstücks ein niedrigeres Resultat, als das dem Antrage der Deputation zu Grunde liegende ergeben sollten, die Sache nochmals dem Plenum zur Beschlußfassung vorgelegt werden müsse.

Ueber Anlegung einer, rechtsseitig hinter den Grundstücken der Gerberstraße, von der Keilnach der Uferstraße sich erstreckenden, 24° breiten Straße sind bereits früher eingehende Verhandlungen mit den Adjacenten gepflogen worden. Es haben sich jedoch durch den Widerstand dieser Letzteren, welche entweder gar kein Areal, oder solches nur unter den erschwerendsten Bedingungen abzutreten geneigt waren, der Herstellung dieser Straßenanlage derartige Hindernisse entgegengestellt, daß es sich empfiehlt, einem bereits früher gefaßten Rathsbeschlusse entsprechend, die directe Durchführung dieses jetzt wieder aufgetauchten Projects gänzlich fallen zu lassen. Die über den Gegenstand berichtende Deputation schlägt jedoch Maßregeln vor, von deren Ausführung sie für die Folgezeit die Möglichkeit erhofft, das beregte Straßenproject mit geringeren Opfern wieder aufnehmen zu können. Das Collegium tritt diesen Vorschlägen allenthalben bei.

Es gelangt nunmehr ein Gutachten der Straßenbau-Deputation zum Vortrag, nach welchem die regulativmäßige Herstellung verschiedener Straßen des nördlichen Bebauungsplans in Angriff genommen werden soll. Diese Herstellungen sollen zunächst das Areal zwischen der verlängerten Parthen-, Eutritzscher und Pfaffendorfer Straße und dem Gohliser Weg, sowie diese Tracte selbst nebst der verlängerten Nord- und Löhrstraße umfassen, und theils im Interesse des nach jener Richtung hin gesteigerten Verkehrs, theils auch deshalb vorgenommen werden, weil es an der Zeit erscheint, dieses werthvolle und gesuchte Areal für die Bebauung nutzbar zu machen. Nach eingehender Berathung wird beschlossen, zunächst die Straßenbau-Deputation im Verein mit der Neubauten-Deputation mit der Revision des nördlichen Bebauungsplanes, welche sich zugleich auch auf das Niveau richten solle, zu beauftragen.

Der mit den Fleischer'schen Erben verabredete Arealanstausch an der der verlängerten Arndtstraße zunächst gelegenen, mit dieser parallel laufenden Straße F des südlichen Bebauungsplans, welcher die Fortsetzung und Herstellung dieser Straße ermöglichen soll, erhält die Zustimmung des Collegiums unter der Bedingung, daß die Fleischer'schen Erben sich noch nachträglich verpflichten, bei einstmaliger Bebauung ihres Areals, die in §. 17 des Neubauten-Regulativs vorgeschriebene Hälfte der Straßenherstellungskosten zu übernehmen.

Das Bauamt ist mit Aufstellung einer diesfallsigen Berechnung zu beauftragen, der Baupolizeiregistrande Nachricht zu geben und schließlich mit den Stadtverordneten zu communiciren.

Die Herren Hüffer und Genossen haben in einigen Puncten Abänderung des zwischen dem Rathe und ihnen verabredeten, zur Zeit noch im Entwurf vorliegenden Vertrages über Herstellung eines Theils der Arndtstraße und der rechtsseitig der Südstraße gelegenen, mit dieser parallel laufenden 60° breiten Straße A. des südlichen Anbaues, sowie der Schleußenlegung in diesen Tracten beantragt. Diese Abänderungen beziehen sich in der Hauptsache auf den Wegfall derjenigen Bestimmungen, welche die Antragsteller noch vor Ablauf des Jahres 1877 zur Legung von Trottoir verpflichten, sowie auf die Kosten der Räumung einer von Herrn Hüffer provisorisch zu erbauenden, von der Grenze des Hildebrand'schen Grundstücks in Straße A. bis zur südlichen Vorfluthschleuße der Mahlmannstraße zuführenden Thonrohrschleuße, deren Material zugleich bei künftiger Wiederbeseitigung dem Erbauer eigenthümlich zufallen soll. Die Deputation empfiehlt diese Abänderungen zu genehmigen, dem entsprechend Contract auszufertigen und mit den Stadtverordneten zu communiciren, vorher aber noch mit der Immobiliengesellschaft in Verhandlung zu treten, damit auch diese gleichzeitig mit dem ihr obliegenden Schleußenbau beginne, oder denselben auf ihre Kosten durch die Stadt vornehmen lasse. Die Anträge werden allenthalben zum Beschluß erhoben, während die Frage, wohin der Verkehr aus den vom Schleußenbau betroffenen Tracten einstweilen zu weisen sei, für jetzt ausgesetzt bleibt.

Es berichtet nunmehr die Neubauten-Deputation über einen von den Mann'schen Erben an den Rath gebrachten Antrag auf Rückgabe desjenigen Areals, welches sie seiner Zeit zur Verbreiterung des Petersteinwegs von ihrem Grundstücke an die Stadtgemeinde abgetreten haben. Zu diesem Antrag sehen sich die Mann'schen Erben deshalb veranlaßt, weil die von ihnen für ihr Areal geforderte und vom Rathe genehmigte Entschädigung von 10 Thlr. für die Qu.-Elle von den Stadtverordneten wiederholt abgelehnt worden ist. Vor weiteren Schritten beschließt man, die Letzteren unter Mittheilung der Sachlage nochmals um Verwilligung der geforderten Entschädigung zu ersuchen.

Nachdem dem Bauherrn des Hauses Nr. 34 der Querstraße dispensationsweise ein viertes Geschoß für ein Wohnhaus im Hofe seines Grundstückes genehmigt worden ist, gelangt das Project der Verlegung des Kintschy'schen Etablissements im Rosenthale zur Besprechung. Der zu diesem Behufe entworfene Plan, in welchem zugleich die durch diese Verlegung bedingten Veränderungen im Rosenthale eingezeichnet sind, soll ausgelegt werden; etwaige Vorschläge über die Wahl des Platzes, die Art der Verpachtung u. s. w. sind bis zum 10. Januar k. J. bei der Oekonomie-Deputation anzubringen.

Aus der Hieronymus'schen Stiftung sind 47 ℳ 87 ₰ Zinsen für eine arme Lehrerswittwe oder Waise zu vergeben. Die Beschlußfassung bleibt bis zur nächsten Plenarsitzung ausgesetzt, bis zu welcher Vorschläge über die Verwendung zu machen sind.

Endlich erhalten noch aus der Wendestiftung vier Wittwen eine Unterstützung von je 75 ℳ und aus dem Geschenke des Herrn Hagenbeck, des Schaustellers der Lappländer, welcher vor seinem Weggange aus Leipzig dem Rathe eine halbe Tageseinnahme zu Unterstützungszwecken übergeben hatte, drei Wittwen eine solche von je 30 ℳ verwilligt, wie auch aus dem letztgenannten Geschenke in zwei Fällen die Einlösung versetzter Gegenstände beschlossen wird.

*) Eingegangen bei der Redaction des Tageblattes am 9. Februar 1876.

Deutscher Protestantenverein in Leipzig.

Im dichtbesetzten Saale der Ersten Bürgerschule hielt am Abend des 8. d. M. Herr Diakonus Dr. Binkau in hiesigen Deutschen Protestantenvereine den angekündigten, von der Versammlung mit ersichtlich großem Interesse aufgenommenen Vortrag über die Abendmahlsfeier im Sinne ihres Stifters. Wir geben davon die folgende Skizze mit dem Wunsche, daß sie dienen möge, in weiteren Kreisen die Erörterung der hochbedeutsamen Frage der Wiederbelebung allgemeinerer Theilnahme an der Abendmahlsfeier und das Suchen nach geeigneten Mitteln dazu anzuregen.

Eine unbefangene Beobachtung der kirchlichen Zustände der Gegenwart zeigt eine beklagens-

SLUB
Wir führen Wissen.